

"Der Fall Ukraine: Von der 'Östlichen Partnerschaft' zum neuen Kalten Krieg?" mit Gernot Erler MdB am 14.03.2014



Die Ereignisse in der Ukraine und der Krim beschäftigen seit Monaten die Menschen weltweit im Hinblick auf die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und Russland. Die Debatte um die rechtliche Zugehörigkeit der Halbinsel Krim - entweder zum Staatsgebiet der Ukraine oder zum Staatsgebiet Russlands - erhitzt die Gemüter in beiden Ländern erheblich und erzeugt ein großes Konfliktpotential mit den westlichen

Staaten, die einen neuen "Kalten Krieg" am Horizont heraufziehen sehen und sich zu positionieren versuchen.

Aus diesem Grund organisierte die Juso-Hochschulgruppe Freiburg eine Diskussionsveranstaltung mit dem Freiburger Bundestagsabgeordneten Gernot Erler, Staatsminister a.D. und Beauftragter der Bundesregierung für Russland, Zentralasien und die Länder der osteuropäischen Partnerschaft, um allen interessierten Bürger*innen ein Forum zum Meinungsaustausch geben zu können. Moderiert wurde die Veranstaltung von unserer Senatorin Charlotte Großmann. Der aus der Westukraine stammende Doktorand Ruslan Tsomyk gab eine subjektive Einführung in die Thematik, erläuterte den anwesenden 350



Zuhörer*innen die innenpolitischen Entwicklungen in seinem Heimatland und wies auf die teils verzerrende Darstellung der Ereignisse in den deutschen Medien hin. Anschließend wurde ein Brief der Honoratior*innen der Partnerstadt Lwiw/Lemberg vorgelesen, in dem auf die Existenz von Kernreaktoren in der Ukraine eingegangen und um Unterstützung bei der Lösung des sich zuspitzenden Konfliktes gebeten wurde.

Nach dieser Einführung erläuterte Gernot die Ereignisse in der Ukraine. Er ging im Besonderen auf die Rolle der Selbstverteidigung ein, die sowohl von den Menschen auf dem Maidan als Rechtfertigung ihrer Aktionen, wie auch von den Menschen auf der Halbinsel Krim zur Rechtfertigung ihrer politischen Abspaltungsansätze verwendet wurde. Er verwies auch



auf die Interessen der russischen Führung, die sich nach dem Amtsantritt Putins erheblich verändert hätten, weshalb Erklärungsmuster der politischen Situation nach dem Zerfall der Sowjetunion so nicht mehr anwendbar seien. Ebenso kritisierte er die Unkenntnis der deutschen Medien und Eliten über die Zusammensetzung der neuen ukrainischen Übergangsregierung, an der die nationalistisch ausgerichtete Swoboda-Partei beteiligt ist, die Kontakte zur rechtsextremen NPD unterhält. Er legte abschließend die drei verschiedenen Sanktionsstufen der EU dar, die im Falle der Zuspitzung des Konfliktes Anwendung fänden.



In der anschließenden Diskussion kamen verschiedene Themenfelder wie der russische und ukrainische Nationalismus und die Positionierung der EU zur Sprache, genauso wie die zukünftige Energieversorgung der EU im Falle eines Wirtschaftskrieges mit Russland. Flankiert wurde die Diskussion von mehreren Demonstrantinnen, die Schilder mit den

Parolen "*Politik kills*", "*Politik need lies*" und "*Putin, go to hell*" hochhielten. Die Stimmung war trotz des heiklen Themas friedlich und ausgewogen, wozu alle Anwesenden durch ihr Redeverhalten beitrugen. Die Veranstaltung war dementsprechend ein voller Erfolg.